

Resolution: Solidarität der Generationen

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag:

Das 32. Altenparlament Schleswig-Holstein möge folgende Resolution beschließen:

Das 32. Altenparlament vertritt die Auffassung, dass die Solidarität der Generationen unter- und miteinander ein sehr bedeutsamer Faktor für die Zukunft unserer Gesellschaft ist. Wir, die Generation der älteren Bürgerinnen und Bürger in Schleswig – Holstein lehnen jegliche Form von Diskriminierung ab.

Diskriminierung hat in unserer Gesellschaft viele Formen. Sie ist immer noch präsent, weil sie aus einer Zeit stammt, als Andersdenkende wie Kommunisten und Sozialdemokraten, Intellektuelle, Homosexuelle, Lesben, Andersgläubige wie Juden, Katholiken, Protestanten sowie körperlich und psychisch Behinderte und unter einer Rassenideologie leidende Menschen, die allesamt verfolgt und millionenfach ermordet wurden. Es war die Zeit der Faschisten. Die Nazizeit.

Wir alle im Altenparlament sind zum großen Teil Kinder der Nach-Nazi-Zeit. Unsere Eltern sind jedoch mit der Diskriminierungsideologie der Nazi-Zeit groß geworden und/bzw. geprägt worden. Somit bestand große Gefahr, diese Ideologie auf die nachfolgenden Generationen bis in die heutige Zeit weiter zu geben, wie es sich aktuell durch eine radikalrechts orientierte Partei erwiesen hat. (Flüchtlings- und Asylpolitik, Anti-Europa-Politik). Die traditionell demokratischen Parteien, Intellektuelle sowie viele ehrenamtlich Engagierte für Benachteiligte sind das Bollwerk gegen die immer wieder aufflammende Diskriminierungs-Gefahr und -Akzeptanz in unserem Land.

Seit einigen Jahren ist zu beobachten, dass es eine neue Art der Diskriminierung gibt: Die Diskriminierung der Generationen untereinander. Während der Corona-Krise wurde durch einen Grünen-Politiker vertreten, dass alte Menschen am Leben erhalten werden, die in sechs Monaten sowieso sterben. Diese Form der Auslesen, wer wann, welche Hilfe erhält, lehnen wir entschieden ab. Den gesetzlichen Krankenkassen wurden und werden die jungen, gesunden und zahlungskräftigen Beitragszahler von privaten Krankenversicherungen durch günstige Tarife weggelockt (die jedoch mit der Zeit in astronomische Höhen steigen). Langjährige Firmen-Mitarbeiter wurden und werden in den vorzeitigen Ruhestand gelockt, um Jüngeren den Platz zu überlassen (weil diese billiger sind). Politiker gaukeln der jungen Generation vor, dass die Alten auf Kosten ihrer Zukunft leben. Dass diese die heutige Gesellschaft unter großen Entbehungen aufgebaut haben, wird verschwiegen. Junge Nachwuchspolitiker verdrängen die Alten und Erfahrenen. Die Gegenreaktion der alten Generation kontert mit Lebensqualität, mit der Feststellung, dass vorzeitiger Ruhestand mit der Zeit unakzeptable Einbußen bei der Rente bedeuteten und dass in der Politik mehr als Jungsein erforderlich ist.

Es hat sich nicht nur eine Generationendiskriminierung entwickelt, sondern wir haben eine sehr starke Zunahme in Form der Alltagsdiskriminierung, diese gilt es durch aktives Handeln der Politiker*innen unseres Landtages bei Vorhaben und Beschlüssen abzubauen und Toleranz, Vielfalt und Wertschätzung mit- und untereinander auf- und auszubauen.